

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Bürgschaftsübernahme zu Gunsten der Stadtwerke
Tübingen GmbH**

Bezug:

Anlagen:

Beschlussantrag:

1. Die Universitätsstadt Tübingen übernimmt eine 80% Ausfallbürgschaft für ein Investitionsdarlehen über 5.000.000 Euro (Bürgschaftsbetrag 4.000.000 Euro) der Stadtwerke Tübingen GmbH (swt) zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen aus dem Wirtschaftsplan 2020 der swt.
2. Für die Bürgschaftsübernahme wird eine marktübliche Bürgschaftsgebühr aus dem jeweiligen Darlehensreststand zum 30.06. eines Jahres erhoben.

Die für diese Bürgschaftsübernahme anfallende Gebühr wurde bereits in die Planung zum Haushalt 2020 berücksichtigt.

Zum 31.12.2019 hat die Stadt Bürgschaften in Höhe von rund 132 Mio. Euro zu Gunsten der städtischen Beteiligungsgesellschaften, Tübinger Vereine und Institutionen übernommen. Diese Darlehen hatten Ende 2019 einen valuierten Reststand von ca. 93 Mio. Euro.

Bereits beschlossen, aber noch nicht übernommen ist die Bürgschaftsübernahme der Stadt zu Gunsten der TSG Tübingen im Zusammenhang mit der Herstellung einer Geschäftsstelle und eines Unterrichtsraumes in Höhe von 120.000 Euro (Vorlage 373/2019).

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die swt hat bei der Universitätsstadt Tübingen die Übernahme einer Bürgschaft für die Darlehensfinanzierung der im Beschlussantrag genannten Maßnahme beantragt. Gemäß § 4 Abs.1 Ziff. 25 der Hauptsatzung entscheidet der Gemeinderat über Bürgschaftsübernahmen in der beantragten Höhe.

2. Sachstand

Die swt plant im Jahr 2020 Investitionen in folgenden Bereichen:

Ladeinfrastruktur Bahnstrom/Ladestationen für Züge und E-Mobilität in Tübingen (Ladestationen)	600.000 Euro
Digitalisierungsprojekte und Modernisierung der IT-Infrastruktur	1.400.000 Euro
Stromversorgungsnetz in Tübingen	2.000.000 Euro
Ausbau der Tübinger Wärmeversorgung	1.000.000 Euro

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen benötigt die swt ein Finanzierungsdarlehen. Dieses soll durch die Übernahme einer städtischen Kommunalbürgschaft besichert werden. Aufgrund der städtischen Bürgschaftsübernahme kann die swt zinsgünstige Kommunalkredite erhalten.

Die Stadt darf Bürgschaften im Zusammenhang mit der kommunalen Aufgabenerfüllung übernehmen. Dabei muss das Risiko welches sich aus der Bürgschaftsübernahme für die Stadt ergibt, in tragbaren Grenzen bleiben.

Tübingen soll 2030 klimaneutral sein. Ein Baustein dazu ist der Ausbau der E-Mobilität in Tübingen. Hierzu gehören auch die Bereitstellung von Ladestationen für E-Automobile, E-Bikes und E-Roller. Auch die Bereitstellung von Elektrizität für die Bahn dient dem Klimaschutz. Durch die geplanten Digitalisierungsprojekte und die Modernisierung der IT-Infrastruktur wird die Verwaltung der swt moderner, effizienter aber auch sicherer arbeiten können und damit ihre Aufgaben schneller, genauer und wirtschaftlicher erledigen können. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Wärme ist eine kommunale Aufgabe, die die Stadt in Zusammenarbeit mit der swt erfüllt.

Das Risiko aus der Bürgschaftsübernahme ergibt sich aus den für das verbürgte Darlehen zu zahlenden Zins- und Tilgungsleistungen. Nach dem Darlehensvertrag müssen die swt hierfür ca. 265.000 Euro pro Jahr bezahlen. Aufgrund der bisherigen Jahresabschlüsse und dem Wirtschaftsplan 2020 (mit den prognostizierbaren Ergebnissen der Folgejahre) der swt kann davon ausgegangen werden, dass die swt den anfallenden Schuldendienst realisieren können. Das Risiko für die Stadt aus der Bürgschaft in Anspruch genommen zu werden ist daher, abhängig von der zukünftigen Ertragskraft der swt und aus heutiger Einschätzung, gering. Allerdings muss beachtet werden, dass der Schuldendienst aus diesem Darlehen das Ergebnis der swt belastet und die swt so einen entsprechend geringeren Jahresüberschuss erwirtschaften können. Dies kann möglicherweise Einfluss auf die Gewinnausschüttung an die Stadt haben.

Die Bürgschaft wird so ausgestaltet, dass sie nicht als Beihilfe im Sinne des EU-Rechts gilt. Aus diesem Grunde erfolgt die Bürgschaftsübernahme nur zu 80 % der Kreditsumme und es wird eine marktübliche Bürgschaftsgebühr erhoben. Außerdem könnten die Stadtwerke die Darlehen auch ohne Bürgschaft erhalten und befinden sich nicht in finanziellen Schwierigkeiten

Die Bürgschaftsübernahme bedarf gem. §108 GemO der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

3. Vorschlag der Verwaltung

Es wird vorgeschlagen die Bürgschaft entsprechend dem Beschlussantrag zu übernehmen.

4. Lösungsvarianten

Der Gemeinderat könnte die Bürgschaftsübernahme ablehnen.

Die swt müsste in diesem Fall das Darlehen ohne Sicherung durch eine städtische Bürgschaft aufnehmen und entsprechend höhere Zinsen bezahlen.